

Ercheinungsweise: Tägliche mit Ausnahme der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis: a) im Anzeigenteil: die Seite 20 Goldpfennige b) im Reklameteil: die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden

Geschäftsstand für beide Teile ist Calw



Bezugspreis: In der Stadt 35 Goldpfennige wöchentlich mit Trägerlohn Post-Bezugspreis 35 Goldpfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung: Friedrich Hans Scheele Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei

Vor der Entscheidung des Reichspräsidenten

Um den Fortbestand der Regierung Brüning — Heute entscheidende Aussprache Hindenburg — Brüning

Im Berlin, 30. Mai. Amtlich wird mitgeteilt: „Reichspräsident von Hindenburg empfing am Sonntag Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag über die gesamte politische Lage. Der Vortrag wird am Montag 12 Uhr fortgesetzt werden.“ Ueber das Ergebnis der Besprechung wurde nichts bekanntgegeben.

In gut unterrichteten Berliner Kreisen beurteilt man das Ergebnis der Aussprache pessimistisch. Die Tatsache, daß diese nur von kurzer Dauer war und abgebrochen worden ist, gibt zu der Annahme Anlaß, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler sehr erheblich sind. Die Frist bis zum Montag dürfte daher gewünscht worden sein, um weitere Überlegungen anzustellen. Es scheint jedoch sehr zweifelhaft, ob sich die Gegensätze zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler überbrücken lassen. In gut unterrichteten Kreisen hält man es daher für wahrscheinlich, daß der Reichskanzler heute seinen Rücktritt einreichen wird.

Konsequenz ziehen. Der Reichskanzler werde vor allem zu erklären haben, wie weit die Möglichkeit einer praktischen Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten bestehe und welche wirtschaftlichen innen- und außenpolitischen Folgen ein solcher Kurswechsel haben würde. Dabei spielen nicht nur die Rücksichten auf Laufbahn eine erhebliche Rolle, sondern auch die im Falle eines Kurswechsels unvermeidbare Notwendigkeit baldiger Reichstagswahlen. Da der Reichskanzler für seine Mitteilungen an den Reichspräsidenten und für die heutige Entscheidung eine einheitliche Auffassung seiner Mitarbeiter herbeiführen wolle, habe er auf Vormittag 10 Uhr, also vor seinem Besuch beim Reichspräsidenten eine Kabinettsitzung anberaumt.

Nationalsozialistischer Wahlsieg in Oldenburg

Absolute Mehrheit der NSDAP. im neuen Oldenburger Landtag

Oldenburg, 30. Mai. Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis der Landtagswahl für den Freistaat Oldenburg ist folgendes: NSDAP. 15 629 (12 629), SPD. 50 987 (54 878), SAP. 1464 (224), KPD. 15 590 (18 935), Nat. Vereinigung 2908 (15 012), Staatspartei 6213 (8513), Landvolk 5987 (5405), NSDAP. 131 625 (97 778), Zentrum 42 114 (46 192).

Gegenüber dieser Ansicht werden in Kreisen, die dem Kanzler nahe stehen, diese Mitteilungen bestritten. Es wird vielmehr betont, daß durchaus die Hoffnung bestehe, daß die Gegensätze zwischen dem Kanzler und dem Reichspräsidenten zu überbrücken seien und der Ansicht Ausdruck gegeben, daß es zu keinem Rücktritt des Kanzlers kommen werde.

In der für heute vorgesehenen zweiten Aussprache zwischen dem Reichspräsidenten und dem Kanzler will, wie die „Montagspost“ meldet, Reichskanzler Dr. Brüning unter allen Umständen die Entscheidung über die weitere Reichspolitik herbeiführen. Er dürfte im heutigen Vortrag feststellen, ob er noch das völlige Vertrauen des Reichspräsidenten genießt und falls diese Frage nicht eindeutig geklärt wird, würde das gesamte Kabinetts Brüning die

Die Zusammensetzung des neu gewählten Oldenburger Landtags wird auf Grund der amtlichen Errechnung folgende sein: NSDAP. 2 (2), SPD. 9 (11), SAP. — (—), KPD. 2 (3), Nat. Verein. — (2), Staatsp. 1 (1), Rdnv. 1 (1), NSDAP. 24 (17), Zentrum 7 (9). Zusammen 46 (48). Die Herabsetzung der Mandatszahl von 48 auf 46 hängt mit dem veränderten Wahlleiter zusammen, der sich aus der Wahlbeteiligung ergibt.

Reichskanzler Brüning zur Arbeitslosenfrage

Der Kampf gegen die Arbeitsnot das Fundamentalproblem der Innenpolitik Erneuter Aufruf zu zwischenstaatlicher Zusammenarbeit

— Berlin, 30. Mai. Auf dem Jahresessen des Vereins der ausländischen Presse hielt am Samstag abend Reichskanzler Dr. Brüning eine Rede über das Arbeitslosenproblem. Der Kanzler führte aus: Das fundamentale Problem, das uns — fast wörtlich genommen — Tag und Nacht beschäftigt, ist das Problem der Arbeitslosen. Eine neue Plage der Menschheit, akut in der ganzen Welt, aber von einer geradezu unheimlich drückenden Schwere in Deutschland. Sie kennen die Ziffer, die den Rahmen unermeßlichen materiellen und moralischen Elends umschließt. Sechs Millionen Arbeitslose, deren Gesicht die gleiche Anzahl von Angehörigen trifft, also rund ein Fünftel unseres Volkes! Unter diesen sechs Millionen Arbeitslosen zwei Millionen, also ein Drittel, unter 25 Jahren. Arbeitslos also in einem Alter, wo physische Kraft und Willensstruktur am stärksten zur Betätigung drängen. Von diesen zwei Millionen ist eine Million unter 21 Jahren. Eine Million junger Menschen also, die das Leben vor sich haben, ohne eine Arbeitsstätte zu finden. Eine geraume, in ihren Ursachen unverständliche Funktionsstörung des modernen Wirtschaftsorganismus verdammt sie dazu, sich als überflüssige und unnütze Mitglieder der Gesellschaft zu empfinden. Wandert Sie, meine Damen und Herren, daß in den Herzen und Sinnen dieser Million jugendlicher ein Radikalismus aufquillt, der nur von Untergang und Zerschlagung alles Bestehenden Befreiung erwartet?

Es ist ja bekannt, daß die Rohstoffländer nicht wissen, wo sie mit ihren Rohprodukten, ihrem Getreide, ihrem Zucker, ihrer Baumwolle und ihren sonstigen Naturerzeugnissen hin sollen. Sie ersticken im Überfluß hieran, da die Kauf- und Konsumkraft anderer Teile des Erdballs auch zu unwahrscheinlich niedrigen Preisen nicht in der Lage ist, sie aufzunehmen. Nicht der Mangel an den Warenarten des primitivsten Bedarfs ist das Problem, um das wir alle ringen. Nicht die Ernährungsfrage und auch nicht die Ernährungsfrage der Arbeitslosen ist das allein Entscheidende, sondern ebenso wichtig ist neben der Frage der Nahrungsversorgung die Frage der Arbeitsbeschaffung und des Lohnes der Arbeit. Gewiß, auch die Beschaffung der Ernährung und Kleidung beginnt in ein bedrohliches Stadium zu treten. Die Unterstützungsfälle der Arbeitslosenversicherung, die sich seinerzeit bei Begründung der Arbeitslosenversicherung vor vier Jahren pro Unterstützungsempfänger mit Familienzuschlägen monatlich auf annähernd 90 R.M.

stellten, sind fast auf die Hälfte, auf etwa 50 R.M., zurückgegangen. Das ist schon ein Satz, der, wenn man bedenkt, daß damit alle Ausgaben auch für Wohnung usw. bestritten werden müssen, ist unserem Klima und bei den Lebensbedingungen in Deutschland einen erschreckenden Tiefstand darstellt. Bei einem gewissen Tiefstand der Lebenshaltung schwindet mit psychologischer Zwangsläufigkeit die Geneigtheit irgendwelcher Belehrung, irgendwelchen Argumenten der Staatspolitik oder der Verkunst zugänglich zu sein. Neben dieser materiellen Frage die gar nicht auszudenkende moralische Schädigung, die seelische Deflektierung, welche die Arbeitslosigkeit, die Anschlebung von dem lebenspendenden Moment der Arbeit mit sich bringt.

Wie kann der Staat für Arbeit sorgen? Gegenüber allen Lockungen durch künstliche — und damit auf die Dauer destruktive — Mittel Geld bereit zu stellen, ist die Reichsregierung aus Verantwortungsbewußtsein fest geblieben. Sie würden zur unausfahrlamen Entwertung der Reichsmark führen. Eine zweite Inflation würde das Volk nicht überleben, ohne in unrettbares Chaos zu verfallen. Es bleibt also nur übrig, Wege zu beschreiten, die ohne die Herbeiführung einer Inflation, ohne die Gefährdung der deutschen Währung den Arbeitslosen Tätigkeit verschaffen und durch sie und die Volksgesamtheit vor seelischer und moralischer Vernichtung schützen. Es ist ein Problem, das der Dualstruktur des Zirkels gleicht, und Sie werden es verstehen, wenn die Reichsregierung ihre ganze Kraft daran wendet, aus diesem Labyrinth des Unheils einen Weg ins Freie zu finden. Wir werden die von uns geprüften Wege beschreiten und nichts unversucht lassen, um die Arbeitslosen oder wenigstens einen Teil von ihnen von dem Fluche ihres jetzigen Zustandes zu befreien und ihnen durch Arbeitsbeschaffung Kraft und Hoffnung zu neuem Leben zu gewähren. Ich will diese Wege und Möglichkeiten nicht hier im einzelnen skizzieren. Neben dem, was das Reich zur Vergabe öffentlicher Arbeiten durch die in Aussicht genommene Prämienanleihe und innere Maßnahmen finanzieren kann, kommen insbesondere Siedlung und freiwilliger Arbeitsdienst in Betracht.

Ih kann dieses Gesamtproblem, dessen Größe und weit-übertragende Wichtigkeit Sie alle kennen, nicht hier in seinen Einzelheiten verfolgen. Es ist das auch gar nicht nötig. Sie werden aber von der Wahrheit meiner Eingangsworte überzeugt sein, daß es sich hier um die Frage handelt, gegen die

Tages-Spiegel

Die Entscheidung über den Fortbestand der Regierung Brüning ist vom Reichspräsidenten vertagt worden. Man rechnet damit, daß sie heute fallen wird.

Dr. Brüning sprach vor der ausländischen Presse über das Arbeitslosenproblem, das letzten Endes nur durch internationale Lösungen beseitigt werden könne.

Die Landtagswahlen in Oldenburg brachten den Nationalsozialisten einen großen Erfolg. Die Reichsmehrheit im neuen Landtag ist gesichert.

Der Oberreichsanwalt hat, wie von nationalsozialistischer Seite mitgeteilt wird, das vom preussischen Innenministerium beantragte Landesverratsverfahren gegen die SA. eingestellt.

Die französischen Staatsmänner Herriot und Painlevé haben am Sonntag wiederum Reden gehalten, aus denen eine erkennliche Unkenntnis der Notlage Deutschlands hervorgeht.

Der französische Ministerpräsident Lardier empfing den deutschen und den amerikanischen Botschafter in Paris zu Unterredungen.

Nach 16jähriger Gefangenschaft ist gestern der Kriegsgefangene Oskar Daubmann in seine badische Heimat zurückgekehrt. Daubmann, der zu 20jähriger Zwangsarbeit verurteilt war, gelang es, aus einer afrikanischen Strafkolonie zu fliehen und sich nach Italien durchzuschlagen.

alle anderen weit, weit zurücktreten, und Sie werden es begreifen, wenn ich Ihnen wiederhole, daß hier Lösungen gefunden werden müssen, wenn Erschütterungen vermieden werden sollen, deren Ausmaß sich auszudenken keine Phantasie stark genug ist.

Aber eins bitte ich dabei zu bedenken: Deutschland kann diese Frage, die für uns die schlechthin entscheidende ist, nicht allein lösen, selbst wenn es ihm gelingen sollte, auf diesem Gebiete wie auf vielen anderen menschlicher Betätigung habundierend voranzugehen. Von der Geißel der Arbeitslosigkeit, die alle Welt ergriffen hat, kann sie auch nur durch gemeinsame Aktion befreit werden, und hier bin ich schon — wenn ich es auch nicht wollte — wieder auf dem Gebiet der auswärtigen Politik. Die Weltwirtschaftskrise, durch deren Beseitigung oder wenigstens Milderung schließlich allein die Rettung kommen kann, kann nur im gemeinsamen Zusammenwirken aller gelöst werden. Ihre erste Voraussetzung ist, was oft genug von allen Einsichtigen wiederholt worden ist, und ich muß es auch am heutigen Abend wiederholen: Die Herstellung des Vertrauens. Dies kann aber nur wiederhergestellt werden durch die Lösung der bekannnten politischen Fragen, welche das Aufstauchen dieses Vertrauens bislang gehemmt oder unmöglich gemacht haben.

Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst

im Rahmen eines landwirtschaftlichen Siedlungsverfahrens.

Im Berlin, 30. Mai. Amtlich wird mitgeteilt: „Zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung hat der Reichsarbeitsminister besondere Bestimmungen über den Freiwilligen Arbeitsdienst bei landwirtschaftlichen Siedlungen erlassen, die den verstärkten und vereinfachten Einsatz von Arbeitsdienstwilligen im Rahmen eines landwirtschaftlichen Siedlungsverfahrens ermöglichen. Die neuen Bestimmungen bringen eine Erweiterung des förderungsfähigen Personenkreises. Hilfsbedürftige Arbeitsdienstwillige unter 25 Jahren können in Zukunft während des Arbeitsdienstes eine Unterstützung bis zu 2 Mk. täglich aus Reichsmitteln auch dann erhalten, wenn sie nach den sonstigen Vorschriften nicht gefördert werden könnten. Ferner kann die Förderungsdauer bis zur Beendigung des Siedlungsvorhabens regelmäßig, jedoch nicht über 40 Wochen hinaus, verlängert werden. Es ist auch die Möglichkeit geschaffen, unter Umständen Beihilfen zu den erforderlichen Kosten der Arbeitsausrüstung und zu den Reisekosten zur Arbeitsstelle zu gewähren. Um endlich den Einsatz des Freiwilligen Arbeitsdienstes bei landwirtschaftlichen Siedlungen zu beschleunigen, soll in der Regel der Vorsitzende des Arbeitsamtes des Dienstortes über Anerkennung und Förderung der Arbeiten selbständig entscheiden können. Er ist auch mit Rücksicht auf die oftmals zeitraubenden Feststellungen über die Förderungsfähigkeit der Arbeitsdienstwilligen ermächtigt, den Trägern der Arbeit in geeigneten Fällen Vorschüsse auf die Förderungssumme zu zahlen.“ Die Verordnung tritt am 6. Juni 1932 in Kraft.

Außenpolitische Betrachtungen

Von Otto Seltmann.

Im Augenblick der Abfassung dieses Aufsatzes wird in Frankreich immer noch die Frage der Anpassung der Regierung an die neugewählte Mehrheit der Kammer diskutiert. Je weiter man sich vom Wahltage entfernt, um so mehr scheint die Möglichkeit zu schwinden, daß die Partei Herriots mit den Sozialisten ein Kabinett bilden wird, in erster Linie deshalb, weil die außenpolitischen Programme und Ziele beider Parteien gerade im gegenwärtigen Augenblick sich kaum vereinbaren lassen. Zwar hat auch die bürgerliche Linke unter Herriot im Wahlkampf sich für Herabsetzung der gewaltigen Rüstungsausgaben eingesetzt, aber zwischen den Sozialisten und den Radikalsozialisten besteht auf diesem Gebiete ein erheblicher Auffassungsunterschied, und namentlich zur Reparationsfrage, die doch in nächster Zeit grundsätzlich behandelt werden soll, hat Herriot erklärt, daß das französische „Recht“ auf Reparationen nicht aufgegeben werden könne, während die Sozialisten mehr zu der Anschauung der meisten Finanz- und Wirtschaftsfachverständigen der Welt hinneigen, daß mit diesem System der Ausbeutung endlich Schluß gemacht werden müsse, weil seine ungünstigen Folgen auf die Ausbeuter selbst zurückfallen, aber Frankreich hat es allmählich auch mit der Weltwirtschaftskrise zu tun bekommen. Nicht nur seine weltbekannte Luxusindustrie, seine Fremdenindustrie haben einen starken Rückgang erfahren, auch die Landwirtschaft und das Bankwesen sind in den Strudel der Krise geraten. Da möchte man von den 2½ Milliarden Franken, die man unter dem Youngplan für den Staatshaushalt übrigbehielt, nicht lassen, und das um so weniger, als die dauernd gestiegenen Rüstungsausgaben, die gewaltige Höhe von 14 Milliarden Franken (2½ Milliarden Goldmark) erreicht haben. Die französische Politik scheint dahin zu gehen, daß man die drei Hauptprobleme der nächsten Zeit, die Reparations- und Abrüstungsfrage, sowie die Frage der Hilfe für die Donaufstaaten gegen Deutschland so auszupeilen will, daß möglichst wenig Zugeständnisse gemacht werden müssen, und ganz besonders hinsichtlich der Abrüstung.

Auch im Osten hat Deutschland nach der vorläufigen Beilegung des Memelkonflikts neue ernste Sorgen gehabt. Das Abkommen zwischen Danzig und Polen, das letztgenanntem Staate das Recht gab, Danzig als Hilfskriegshafen zu benutzen, war am 1. Mai abgelaufen. Die Freistadt Danzig kündigte dieses Abkommen, weil Polen inzwischen seinen eigenen Kriegshafen Gdingen ausgebaut hatte. Den Protest Polens hat das Haager Schiedsgericht als nicht gerechtfertigt abgewiesen. Es scheint nun, daß Polen beabsichtigt hatte, das Vorrecht auf den Danziger Kriegshafen trotz der gerichtlichen Entscheidung aufrechtzuerhalten und daß es der energischen Einsprache des Danziger Völkerbunds-Kommissars bei den Großmächten gelungen ist, Polen vor einem neuen Gewaltschritt abzuhalten. Dafür

Vor Selbsthilfemaßnahmen in Oesterreich

— Wien, 29. Mai In seiner Regierungserklärung vor dem Nationalrat führte Bundeskanzler Dr. Dollfuß über die Außenpolitik Oesterreichs aus, alle Welt werde und müsse verstehen, daß Oesterreich — ein selbständiger deutscher Staat bedingt durch das Blut, die Geschichte und die geographische Lage — der engsten Verbundenheit und Freundschaft mit dem Deutschen Reiche sich bewußt sei, einer Freundschaft, die berechtigte und verpflichtete. Der Bundeskanzler lehnte mit seinen weiteren Ausführungen den Tardieu-Plan in seiner bisherigen Form grundsätzlich ab. Oesterreich stehe in diesen Tagen vor der Entscheidung über die Devisenperre für Auslandszinsen. Wenn auch die Vorbereitungen hierüber schon getroffen wurden, so hoffe man doch, daß das Verhandlungsergebnis des Völkerbunds-Ausschusses Oesterreich Erleichterungen gegenüber den Auslandsgläubigern wie auch gegenüber der eigenen Wirtschaft bringen werde. Jede Verzögerung müsse unwiederbringlichen Schaden nicht nur für Oesterreich bringen, sondern auch für die Gläubigerstaaten und für das Ansehen des Völkerbundes. Die Regierung werde somit in kürzester Zeit einschneidende Selbsthilfemaßnahmen treffen müssen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen spielte der Bundeskanzler auf die Möglichkeit an, die kurzfristigen Kredite in langfristige umzuwandeln.

Anne Karine Corvin

Erzählung von Barbra Ring.
Einzige berechtigte Uebersetzung aus dem Norwegischen von Cläre Greverus Mjølén.
Copyright by Georg Müller u. Albert Langen, München 1930.

47
Aber unten sah Kapitän Mandt im Sofa und paffte. Mürrisch und verdrossen. Er hatte vor dem Abendessen der Generalin den betäublichen Ausfall ihres gemeinsamen Planes anvertraut, und die Generalin war empört gewesen über das unvernünftige Mädchen. So wütend, wie nur eine Mutter, die ihr Lieblingskind reifert sieht, sein kann. So wütend, daß Kapitän Mandt schließlich linksunten machte und Anne Karine verteidigte. Schockschwerenot — Kreuzhimmelsbombenelement, das war denn doch zu stark, daß so ein unbefugtes intrikates Frauenzimmer einem was über sein eigen Kind vorräsonnierte.

Durch das ganze Wohnzimmer seinen Grimm über der lieben Patience vergessen. Nils sah neben ihr. Es war einer seiner Hauptspäße, Tante Rosa damit zu naden, daß er „aufpassen müsse, daß sie nicht mogelte“. Es kam nämlich vor, daß Tante Rosa ihre geliebte „Flechte“ einmal zuviel legte, wenn sie nicht aufgehen wollte.

Matthias Corvin ging im Zimmer auf und ab. Durch das ganze Wohnzimmer, ins Rauchzimmer, wieder zurück. Er dachte an seine kleine Kari und lächelte vor sich hin.
Völlig senkte die Generalin die Karten.
„Aber mein Gott, wo bleibt denn nun der kleine Matthias?“ sagte sie in vorwurfsvollem Ton und sah in die Luft.
„Er ist eben ins Rauchzimmer gegangen,“ antwortete Nils barmhös.

haben die Polen aber einen neuen Vorstoß gegen Danzig unternommen durch den Antrag, die Danziger Zollverwaltung Polen auszuliefern. Danzig hat diesen Antrag abgelehnt, da er erstens gegen den Versailler Vertrag verstößt, und zweitens den Freistaat militärisch, staatspolitisch und wirtschaftspolitisch völlig in die Hand Polens geben würde. Man sieht aus diesen polnischen Versuchen immer wieder die Absicht, weiteres deutsches Land in Besitz zu bekommen.

Eine akute Gefahr für den Frieden besteht aber in besonders hohem Grade zur Zeit in Asien. Die Ermordung des japanischen Ministerpräsidenten durch Vertreter der Militärkastei und die dadurch erzwungene Bestellung eines neuen Kabinetts mit Persönlichkeiten, die die scharfe Tonart in der Außenpolitik wünschen, hat die bereits in Gang gebrachte Anbahnung erträglich Zustände im Fernen Osten wieder in Frage gestellt. Es scheint, als wolle die Militärpartei die mandchurische Frage im Sinne der endgültigen Besitzergreifung durch Japan zur Entscheidung bringen, wobei man anscheinend auch nicht vor einem Konflikt mit Rußland zurückzuckt, weil man vielleicht die schwierigen inneren Verhältnisse des Sowjetstaates ausnützen möchte. Ausschlaggebend bei einer erneuten Verschärfung der Lage werden die angelsächsischen Staaten sein, und hier könnte es — worauf wir schon verschiedentlich hingedeutet haben — den Japanern so gehen wie Deutschland im Jahre 1914. Wie gespannt die Lage in Washington angesehen wird, geht daraus hervor, daß die pazifische Flotte für Ostasien in Bereitschaft gehalten wird, denn die Amerikaner wollen sowohl in Europa wie in Asien ihre Schlüsselstellung aufrecht erhalten.

Im Zusammenhang mit der vorstehenden Kennzeichnung einer Reihe von weltpolitischen Machtkämpfen dürfte auch eine weitere Kombination von Interesse sein, die zwar schon seit Jahren in der Entwicklung begriffen ist, aber in letzter Zeit eine gewisse Betonung erfahren hat. Wie bekannt, besteht schon seit dem Ende des Weltkriegs eine gewisse Verteidigungsvereinbarung zwischen Sowjetrußland und der Türkei, die beide von imperialistischen Großmächten sich bedroht sehen. Es scheint nun, daß Englands Tendenz, einen Staat gegen den anderen auszuspielen, im Orient nach und nach zu versagen beginnt. Denn vor einiger Zeit haben wir gehört, daß in Angora eine Zusammenkunft zwischen führenden türkischen, ägyptischen und arabischen Staatsmännern stattgefunden hat zu Zwecken des Ausgleichs der Interessen der orientalischen Staaten. Tritt zu dieser Staatengruppe noch Rußland und vielleicht Afghanistan, so haben wir im Orient mit einem neuen Machtfaktor zu rechnen, der in der Nähe Indiens dem englischen Imperium gewisse Kopfschmerzen bereiten dürfte.

Das innenpolitische Programm des Bundeskanzlers kann wie folgt umrissen werden: Feste Währungsposition, vereinfachter Staatshaushalt, Ausgleich der Handelsbilanz und Vereinigung der Kreditanstaltfrage. Die Regierung denke nicht nur an die Gegenwart, sondern auch daran,

den des Völkerbunds-Ausschusses Oesterreich Erleichterungen gegenüber den Auslandsgläubigern wie auch gegenüber der eigenen Wirtschaft bringen werde. Jede Verzögerung müsse unwiederbringlichen Schaden nicht nur für Oesterreich bringen, sondern auch für die Gläubigerstaaten und für das Ansehen des Völkerbundes. Die Regierung werde somit in kürzester Zeit einschneidende Selbsthilfemaßnahmen treffen müssen. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen spielte der Bundeskanzler auf die Möglichkeit an, die kurzfristigen Kredite in langfristige umzuwandeln.

Die stiegen in den Wagen. Aber als sie sich gefehlt hatten, rief Kapitän Mandt plötzlich: „Donnerwetterer ja, das hält ich ja bald vergessen. Lauf mal schnell rein, Kari, und frag, ob nicht ein Paket für mich gekommen ist.“
Abvokat Remer erbot sich sofort, zu gehen, aber Onkel Mandt hielt ihn fest.
Anne Karine warf Onkel Mandt einen sehr mißtrauischen Blick zu. Pakete an Onkel Mandt pflegten nur alle Jubelsjahre mal zu kommen. Aber sie ging.

„Hihi!“ lachte Onkel Mandt triumphierend. Er erwartete durchaus kein Paket.
„Hören Sie mal, Abvokat, Sie müssen uns helfen. Loben Sie den jungen Kerl bis in die Puppen. Bringen Sie das Mädel dazu, daß sie ihn nimmt. Wir wollen uns das Kind nicht von schwarzhäutigen Diplomaten und langbeiniger Großstadtbrut wegschnappen lassen. Wir wollen —“
„Darf ich mir nur die eine Frage gestatten: Macht sich Fräulein Corvin denn was aus Nils?“ fragte der Abvokat schnell.
„Macht sich was — macht sich was. Schnidschnad. Natürlich macht sie sich was aus ihm. Das sind bloß Narrenpossen,“ beruhigte Onkel Mandt. Dem Kerl fehlt bloß die Courage. Wir müssen ihm helfen.“
Anne Karine kam zurück.

„Dein Paket war nicht da, Onkelchen,“ sagte sie ruhig. „Dann wird's wohl morgen früh kommen. Wenn Abvokat Remer Lust zu einer Spazierfahrt hat, dann kann er's ja morgen mit mir zusammen holen.“
Sie sah Onkel Mandt gerade in die Augen. Aber um den Mund zuckte es in ein ganz klein wenig.
„Sie hat die Komödie schon raus,“ dachte Abvokat Remer. Er erklärte sich sofort äußerst bereit, das Paket des Herrn Kapitän zu holen.
Onkel Mandt machte ein bedenkliches Gesicht. Er dachte des Wortes im Rebeuch, daß die

eine Lüge die andre nach sich zieht. Er antwortete nicht.
„Statt dessen fing er an, mit Nils Heldentat und seiner Tugendhaftigkeit im allgemeinen zu renommieren.“
Abvokat Remer zeigte keine besondere Begeisterung. Er sah nichts als ein allerliebstes Profil und ein paar feste braune Hände, die die Klappen sicher und ruhig lenkten.
Anne Karine war schweigsam, war ganz bei den Pferden. Dann und wann sah sie verstohlen auf, und dann begegnete ihr Blick immer ein paar bewundernden braunen Augen.
Man ging gleich zu Tisch. Abvokat Remer führte die Tochter des Hauses. Die Generalin, Kapitän Mandt und Nils waren überströmend dankbar, daß der Abvokat sich herbemüht hatte.
Matthias Corvin aber erhob sein Glas und sagte, Abvokat Remer solle immer ein lieber Gast auf Näsby sein, selbst wenn er nichts Spezielles zu tun habe. Immer. Und er wolle ihm auch noch danken für all die Freundlichkeit, die er seinem kleinen Mädchen bei ihrem Aufenthalt in der Stadt erwiesen habe.
Als man vom Tisch ging, sagte der Wirt, der Herr Abvokat wisse gewiß vom letzten Male her noch, daß auf Näsby eine lange Siesta zur Tagesordnung gehöre. Wenn also sein Gast nicht dem allgemeinen Gebrauch folgen wolle, dann fürchte er, Anne Karine sei die einzige, die ihm Gesellschaft leisten könne.
Abvokat Remer beeierte sich, zu versichern, daß er niemals nach Tisch schlafe, — was nicht so ganz mit der Wahrheit übereinstimmte.
Aber Kapitän Mandt war andauernd heroisch. Dann wollte er auch kein Mittagsschlafchen. Auf keinen Fall. Er wollte seinen Gast unterhalten.
Kapitän Mandt klammerte sich an den Beifstand des Abvokaten wie an eine Rettungsplanke.

Fortsetzung folgt.

an, der Jugend, die um die Zukunft baue, den Lebensraum in der Heimat zu schaffen und zu erhalten. Die Arbeitslosigkeit soll u. a. durch freiwillige Arbeitsdienstpflicht nach den in Deutschland gemachten Erfahrungen bekämpft werden. Innenpolitisch wird ferner eine Neuordnung des bisherigen allgemeinen Aufmarschverbots angekündigt.

Polens Ansprüche auf Ostpreußen

Die Vereinigung der Hochschüler aus den an Ostpreußen grenzenden Bezirken veranstaltete in Warschau einen Ostpreußen-Abend, auf dem u. a. der frühere polnische Generalkonsul in Königsberg, Srokowski, einen bemerkenswerten Vortrag über Ostpreußen hielt. Er sagte u. a.: Aufgabe der polnischen Diplomatie sei, der Welt klar zu machen, daß Ostpreußen ebenso wie Lettland, Litauen und Finnland befreit (?) werden müsse. Die polnische Öffentlichkeit und die polnischen Organisationen müßten systematisch daran arbeiten, um die rückständige und vernachlässigte Masse der masurenischen Bevölkerung für Polen (!) zu gewinnen.

Große Sprengstoffunde in Beuthen

In Beuthen, 29. Mai Der Polizei wurde am Freitag bekannt, daß in der Wohnung des Grubenarbeiters Hierowski in Beuthen Sprengstoff verborgen wurde. Bei der Hausdurchsuchung wurden gefunden: 50 Dynamitbomben, die aus Konfervenbüchsen zu je 1 Pfund hergestellt waren, 28 Dynamitsprengpatronen, 8 Sprengkapseln, 196 Schuß S-Munition, 2 Gewehrflöcker. Modell 98, 1 Maschinengewehrpatronen mit Gewehrteilen, 50 Sprengkapseln mit Zündschnur, isolierter Draht mit Sprengkapseln für elektrische Fernzündung, 3 Rollen Zündschnur, 4 verschiedene Sprengpatronen und eine Blechbüchse mit Dynamit. Hierowski und seine Ehefrau wurden festgenommen.

Politische Kurzmeldungen

Zwischen Kommunisten und der Polizei kam es in Barmen zu schweren Schießereien. Patrouillierende Beamte wurden aus Fenstern mit Karabinern und anscheinend auch Maschinenpistolen beschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer und zog Verstärkungen heran. Dabei wurden etwa 50 Schüsse gewechselt. — In Necklinghausen (Wuppertal) lieferten Kommunisten der Polizei ein zweifünftiges Feuergefecht. Dabei wurde ein unbeteiligter Dachdeckermeister durch einen Kopfschuß getötet. — Nationalsozialisten warfen in einer kommunistischen Versammlung in Kufstein ihre Gegner zum Fenster hinaus. Es gab viele Verletzte. — Im Haushaltsjahr 1931/32 wurden weniger geraucht: 1 Milliarde Zigaretten und 14 Milliarden Zigaretten. Der Steuerausfall beträgt infolgedessen bei den Rauchwaren 121 Millionen Reichsmark. — In weiten Kreisen der englischen Finanzwelt hält man ein deutsches Moratorium für unabwendbar, wenn die Lausanner Konferenz nicht einigermäßen greifbare Resultate zeitigt. In London hat man bereits Maßnahmen für diesen Fall erwogen und sie der Reichsbank zur Kenntnis gebracht. — Die Londoner Zeitung „Daily Herald“ fordert, daß die Weltwährungskonferenz sofort nach Lausanne einberufen und die Vereinigten Staaten hierzu eingeladen werden sollen. Die Konferenz solle parallel mit der Reparationskonferenz stattfinden. — Im Seereschiff der Abrüstungskonferenz kam es zu einer längeren scharferen Auseinandersetzung zwischen den Vertretern Frankreichs und Englands über die Verwendungsfähigkeit der Tanks. Der Vertreter Deutschlands beantragte die Feststellung vorzunehmen, daß die Aktionsfähigkeit der Tanks gerade gegenüber denjenigen Ländern gilt, die keine Tankabwehrmaßnahmen und keine Tanks besitzen.

Bereins-Drucksachen

aller Art liefert rasch und preiswert die Druckerei des Calwer Tagblatt!

Amtsversammlung 1932 des Bezirks Calw

Im großen Saal des Calwer Rathhauses fand vergangene Samstag die Amtsversammlung für das Jahr 1932 statt. Nach Feststellung der Anwesenheitsliste begrüßte der Vorsitzende, Landrat Ripmann, die vollzählig erschienenen Mitglieder. In einer Ansprache wies der Bezirksvorstand auf das harte Ringen in Staat, Amtskörperschaften und Gemeinden im verflochtenen Jahr hin. Trotz aller Nöte sei es möglich gewesen, die Unbilden und Sorgen zu meistern und die herbe Zeit des Winters zu überwinden. Nicht zurückzuführen, Klagen und Jammern sei jetzt am Plage, man müsse mit klarem Blick und vernünftigem Handeln der Zukunft entgegengehen. Hauptaufgabe bleibe die Fürsorge für die Armen und Kranken. Da und dort sei wohl eine gewisse Härte nicht unangebracht, bei offenkundiger Not dürften aber die Gemeinden nicht ausweichen. Wohl sei in diesen Dingen der Stand der Ortsvorsteher kein beneidenswerter, man dürfe aber nicht erlahmen, überall auszugleichen und wo es nötig sei, Hilfe zu bringen. Die Voranschläge der Gemeinden aufzustellen, werde heuer nicht leicht sein; er vertraue der Klugheit der Ortsvorsteher und dem gesunden Sinn der Gemeinderäte, daß der richtige Weg gefunden werde, um den Belangen der Gemeinden gerecht zu werden. Der Voranschlag der Amtskörperschaft sei so knapp als möglich aufgestellt und jeder einzelne Posten pflichtgemäß erwogen und geprüft worden. Auch dieses Jahr hoffe man durchhalten zu können, allen Gewalten zum Trost. Abschließend sprach der Bezirksvorstand den in den letzten Wochen von schweren Unwettern heimgesuchten Gemeinden die Teilnahme der Amtsversammlung und des Bezirks aus. Soweit es in der Kraft des Bezirks stehe, werde versucht werden, die Sorgen zu lindern. Vor allem aber sei zu hoffen, daß der Bezirk vor weiteren Unwettern bewahrt bleiben möge.

Die Amtsversammlung trat hierauf in die Tagesordnung ein, welche man heuer in der Weise erledigte, daß alle Verhandlungsgegenstände im Rahmen der Haushaltsvoranschlagsberatung behandelt wurden. Trotzdem waren die Bemühungen, den Haushaltsvoranschlag durch weitere Einsparungen und Abstriche zu entlasten, ohne praktischen Erfolg. Nach Abschluß der Beratungen stellte sich heraus, daß trotz einiger Abstriche infolge Ablehnung eines Sparantrags des Bezirksrats und durch Wiederherausgeben geförderter Beiträge der Abmangel um 722 RM höher war wie im Voranschlagsentwurf. Der Haushalt der Amtskörperschaft für 1932 wurde in Einnahmen mit 146 884 (1931: 194 000), und in Ausgaben mit 362 045 (429 100) RM festgesetzt. Der Abmangel beträgt 215 211 (285 000) RM. Er ist laut Beschluß der Amtsversammlung durch eine Umlage von 200 000 RM zu decken. Der ungedeckte Rest von 15 211 RM wird durch Verbrauch eines kleinen Restvermögens der Amtskörperschaft und durch evtl. Einsparungen ausgeglichen. Zum Vergleich sei hier angeführt, daß im Jahre 1927 die Umlage 295 000, 1928: 285 000, 1929/30: 250 000 und 1931: 285 000 RM betrug; im Jahre 1914 wurden im Bezirk 88 000 RM umgelegt.

Den Hauptvoranschlag trug Oberamtspfleger Rauser vor. Im allgemeinen bemerkte er, daß sich das Rechnungsergebnis im Rahmen des Vorjahres halte. Für die Krisenunterstützung mußten im letzten Rechnungsjahr 9244 RM mehr verauslagt aufgewandt werden. Zur Deckung des Unterstützungsaufwandes benötigte man die gesamten, durch Gehaltsersparungen freigewordenen Mittel. Ferner blieben infolge mehrfacher Senkung die Vermessungsgebühren um 3500 RM hinter dem Voranschlag zurück. Zuschüsse für Verwaltungen sind nur bei der Wanderarbeitsstätte in Höhe von 2500 RM notwendig geworden. Es rührt dies von der starken Belegung im letzten Jahre (allein für die Beköstigung der Wanderer wurden 8475 RM aufgewandt) und der Beschränkung der Zuschüsse des Landesfürsorgeverbandes her. Die Krankenhausverwaltung schließt mit einem Abmangel von rd. 4000 RM, der vorgesehene Zuschuß wird jedoch nicht in voller Höhe erreicht. Das Bezirkskrankenhaus war im letzten Jahr mit 862 Kranken belegt; der durchschnittliche Krankenstand betrug täglich 71. Ueber den Vermögensstand der Amtskörperschaft machte Oberamtspfleger Rauser folgende Angaben: Der Grundstücksbestand ist unverändert geblieben, an Kapitalien sind infolge Rückzahlung einer Darlehensschuld nur noch rd. 9000 RM (1931: 17 000) vorhanden, der Schuldenstand beträgt 152 048 RM (178 076), hiervon sind 91 543 RM Aufwertungsverpflichtungen. In dem Voranschlag der Oberamtspflege lauten die Hauptpositionen: Einnahmen aus der Umlage der Verwaltungsaktuarlasten 17 616 (1931: 20 865) RM, aus Bau- und Feuerpolizei 5580 (7200) RM, aus der Wanderarbeitsstätte 3560 (6458) RM, aus Vermessung und Vermartung 32 165 (42 500) RM und aus Straßen und Wegen 51 452 (91 400) RM. Ausgaben für Schuldentilgung und Verzinsung 25 208 (24 073) RM, für Befolgungen 25 865 (30 433) RM, für die Umlage des Landesfürsorgeverbandes 23 000 (22 400) RM, für Zuschuß an die Bezirksfürsorgebehörde 58 952 (58 500) RM, für Krisenfürsorge 37 200 (27 844) RM, für Zuschuß an das Jugendamt 23 700 (26 670) RM, für Bau- und Feuerpolizei 20 008 (24 887) RM, für Erziehung und Bildung 7210 (9620) RM, für das Bezirkskrankenhaus 4587 (8900) RM, für die Wanderarbeitsstätte 11 076 (9791) RM, für Vermessung und Vermartung 36 149 (51 120) RM und für Straßen und Wege 56 682 (117 400) RM. Der Voranschlag der Bezirksfürsorgebehörde weist an Einnahmen 94 107 (1931: 96 341) RM, an Ausgaben 150 259 (154 857) RM, somit eine Mehrausgabe von 56 152 (im Vorjahr: 58 516) RM aus. An Einnahmen sind zu nennen: die Zuschüsse des Staates mit 39 293 (28 766) RM, der Bezirksgemeinden mit 35 364 (34 890) RM und sonstige Erlöse von Dritten mit 17 900 (20 100) RM. Die hauptsächlichsten Ausgabenpositionen sind: die Verwaltungskosten mit 10 279 (Erfolg durch Reich usw. 1450); im Vorjahr beliefen sich diese Kosten auf 12 707 RM (Erfolg 2285). Ferner: der Fürsorgeaufwand für die Kriegsbeschädigten- und Kriegserbhinterbliebenenfürsorge mit 2830 (2500) RM, für die Sozialrentnerfürsorge mit 57 200 (67 600) RM, für die Kleinrentnerfürsorge mit 60 750 (62 800)

RM, für die Minderjährigenfürsorge mit 13 500 (12 000) RM, für die Wöchnerinnenfürsorge mit 1500 (1500) RM sowie die Zuschüsse an die Gemeinden für Geistesranke u. a. mit 6000 (5500) RM. Der Voranschlag des Jugendamtes ist feuer nach den drei Verwaltungszweigen des Amtes getrennt aufgestellt. Im Gesamtvoranschlag sind an Einnahmen 11 700, an Ausgaben 35 400 RM eingeleitet; der Mehraufwand beträgt 23 700 gegenüber 26 670 RM im Vorjahr. Der Etat des Jugendamtes hat also insgesamt eine 10prozentige Senkung erfahren. Im einzelnen arbeitet das Jugendamt mit 1400 RM Einnahmen und 15 075 RM Ausgaben, also mit einem Mehraufwand von 13 675 RM. Die Einnahmen der Vormundhaftskasse (eingetriebene Mündelgelber) erreichten im letzten Rechnungsjahr die stattliche Höhe von 85 000 RM. Die Tuberkulosefürsorgestelle benötigt laut Etat bei 2100 RM Einnahmen und 6200 RM Ausgaben einen Aufwand von 4100 RM, während die Minderjährigenfürsorge für uneheliche Kinder bei 8200 RM Einnahmen und 14 125 RM Ausgaben eines Aufwandes von 5925 RM bedarf. Seitens der Oberamtsparkasse lag ein Voranschlag nicht vor, da nach dem nun in Kraft getretenen neuen Sparfassetgesetz die Oberamtsparkasse sich selbst verwaltet und die Befugnisse der Amtsversammlung an einen Verwaltungsrat übergegangen sind.

Im Verlauf der Haushaltsberatungen faßte die Amtsversammlung eine große Anzahl von Sparbeschlüssen, um den Etat so nieder wie möglich zu halten. Man genehmigte zunächst, nachdem im letzten Jahr die Vergütung des Ortsfürsorgeverbandes Calw für die Obdachlosenfürsorge in der Wanderarbeitsstätte von 700 auf 1200 RM herausgehoben worden war, einen Beschluß des Bezirksrats, demzufolge ab 1. April 1932 die Entschädigungsleistung des Ortsfürsorgeverbandes auf 900 RM ermäßigt wird; den ungedeckten Restaufwand übernimmt wie seither die Amtskörperschaft. In der Ansprache teilte auf Anfrage von Bürgermeister Braun-Dedenpfromm Oberamtspfleger Rauser mit, daß der Amtskörperschaft selbst für die Verpflegung der ungeordneten Wanderer keinerlei Aufwendungen entstünden. Bürgermeister Göhner-Calw forderte eine Umorganisation der Wandererfürsorge. Die Wanderer müßten von den Straßen weggebracht und anständig gemacht werden. Der Verwaltungsaufwand und die Unannehmlichkeiten (Hausbettel), welche die Stadt durch die Wanderarbeitsstätte habe, sei sehr groß. Im Rechnungsjahr 1931 hätten 64 kranke Wanderer auf Kosten der Stadtgemeinde in das Krankenhaus eingewiesen werden müssen; in diesem Jahr seien schon über 21 Kranke versorgt worden. Die Kosten für einen Wanderer beliefen sich zum Teil auf 200—300 RM. Landrat Ripmann gab zu, daß das Wandererwesen zu einer Landplage geworden sei, die der Abstellung bedürfe.

Nach einer Verordnung des Wirtschaftsministeriums zur Durchführung des Gesetzes über Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung vom 12. März 1932 können die Amtskörperschaften von denjenigen Gemeinden ihrer Bezirke, in denen die örtliche Zuständigkeit zur Krisenunterstützung (nach § 168/9 des A.B.G.) begründet ist, Ersatz ihres Aufwandes bis zur Höhe von 30 Prozent beanspruchen. Der Bezirksrat hat vorbestimmlich der Genehmigung der Amtsversammlung beschloffen, von dieser Ermächtigung Gebrauch zu machen und mit Wirkung vom 1. April 1932 von den im Bezirk Calw gelegenen Wohnortgemeinden der Arbeitslosen 30 v. H. des Aufwandes der Amtskörperschaft für Krisenunterstützung zum Ersatz zu bringen. Die Amtsversammlung beschloß nach langer Aussprache mit 16 gegen 10 Stimmen ihre Genehmigung hierzu zu erteilen. Bürgermeister Rauser-Unterreichenbach hatte sich zuvor als Vertreter einer Arbeiterwohnortgemeinde mit aller Entschiedenheit gegen einen solchen Beschluß gewandt. Er betonte, daß es sich hier um eine einseitige Abwälzung von Lasten, vor der man nur warnen könne, handle und bat um die Unterstützung der Aufsichtsbehörde. Jetzt, wo sich die Einrichtung der gemeinsamen Lastenübernahme bewähren sollte, schwäche man sie ab und begehe das gleiche Unrecht der Lastenabwälzung, wie es der Staat mit den Gemeinden vorgenommen habe. Von einer Einsparung könne keine Rede sein. Das Beispiel der finanziell zusammengebrochenen Gemeinde Nachargartale möge als Warnung dienen. Der Vorsitzende konnte sich diesen Ausführungen nicht verschließen, stellte jedoch die Entscheidung der Amtsversammlung anheim. Bürgermeister Göhner bemerkte, ein Senken der Umlage sei ohne Härten nicht möglich. Mit dem Heranziehen der Gemeinden zum Krisenaufwand solle eine schärfere Bedürftigkeitsprüfung erreicht werden. Mit dem Abladen der Lasten auf möglichst breite Schultern habe sich vielfach das Gewissen geweitet, wenn die Gemeinden selbst beteiligt seien, würden sie bei Unterhaltungsanträgen die Bedürftigkeit strenger prüfen. Es sei ein Warnungssignal, daß die Fürsorgeaufwendungen in einzelnen Gemeinden bald höher seien wie die gesamten Gemeindecinnahmen. Einzelnen Gemeinden werde man immer gern helfen; vor dem Zwang zum Sparen dürfe aber nicht zurückgeschreckt werden. Bürgermeister Walz-Alsborg verwies darauf, daß sich die Fürsorgeempfänger in wirklicher Notlage befänden und ihnen geholfen werden müsse. Man solle auch bedenken, daß die Gemeinden mit Arbeiterbevölkerung jetzt die geringsten Steuereingänge hätten. Bürgermeister Dirr-Stammheim machte den Vermittlungsvorschlag, die Ersatzpflicht der Gemeinden von 30 auf 10 v. H. des Aufwandes zu ermäßigen. Das genüge zur Gewissenssicherung. Bürgermeister Seeger-Zweienberg trat ebenso wie Bürgermeister Lechner-Dachtel für den Bezirksratsbeschluß ein. Er betonte, daß die Not der Waldgemeinden jener der Arbeitergemeinden gleichkomme, durch den Beschluß werde mancher Unterstützungsempfänger verschwinden. Bürgermeister Maulbettsch-Hirsau trat dieser Auffassung mit dem Hinweis auf die Last der Wohlfahrtsfürsorge neben der Krisenfürsorge in den Arbeitergemeinden entgegen; die Landgemeinden hätten solche Belastungen nicht. Bürgermeister Charrier-Neuhagen unterstützte den Antrag Dirr-Stadtrat Haile vertrat die Auffassung, daß durch die bevorstehende Notver-

ordnung die Krisenfürsorge lasten wachsen und damit die Belastung der Amtskörperschaft untragbar würde; ein Sparbeschluß sei notwendig.

Bezüglich der Reisekostenvergütung der Amtskörperschaftsbeamten erließ die Amtsversammlung auf Antrag des Bezirksrats eine Bezirksbeschlusse. Darin wird zwischen Dienstreisen innerhalb und außerhalb des Oberamtsbezirks sowie zwischen Beamten mit häufigen Dienstreisen und solchen mit vorwiegend Tätigkeit am Wohnsitz unterschieden. Beamte mit häufigen Dienstreisen erhalten je nach Eingruppierung 90—70 v. H. der jeweils für die Staatsbeamten gültigen Sätze; die übrigen Beamten haben Anspruch auf 90 v. H. der vom Staat gewährten Sätze. Für Dienstreisen außerhalb des Bezirkes werden die vollen Sätze wie für Staatsbeamte vergütet; außerdem erhalten die Beamten für alle Dienstreisen ein nach den staatlichen Sätzen bemessenes Beleggeld. Diese Bezirksbeschlusse tritt am 1. Juni 1932 in Kraft. Ferner beschloß die Amtsversammlung laut Antrag des Bezirksrats, die Entschädigungen für Dienstverrichtungen des Bezirksrats, der Amtsversammlung sowie ihrer Ausschüsse und Kommissionen auf 90 v. H. der ihnen jeweils nach den geltenden Bestimmungen zustehenden Sätze festzusetzen. Im Anschluß an die Beratungen erhob Verwaltungssamtmann Hilligardt Einspruch gegen die mißverständliche Formulierung der Eingangssätze des diesen Punkt betreffenden Abschnitts im Protokoll der vorjährigen Amtsversammlung. Es sei im Bezirk der irrtümliche Eindruck entstanden, die Reisekostenvergütungen der Amtskörperschaftsbeamten seien überhöht. Er könne für seine Person feststellen, daß die Aufwendungen hierfür nicht ein Drittel der in anderen Bezirken gemachten erreichten. Der Vorsitzende bedauerte die diesbezügliche Fassung des Protokolls, und Bgm. Graze-Möttlingen wie Stadtrat Haile bestätigten, daß der Amtsversammlung ein solcher Vorwurf fern gelegen hätte. Eine längere Aussprache entspann sich über das späte Ausstellen der Vermessungsurkunden. Stadtrat Haile bat um ein rascheres Ausfertigen der Rechnungen; viele Leute, die ihre Rechnungen für vor Jahren ausgeführte Vermessungen heute erhielten, seien nicht mehr in der Lage, diese zu bezahlen, während ihnen dies früher wohl möglich gewesen sei. Auf Anfrage teilte Oberamtspfleger Rauser mit, daß für das Rechnungsjahr 1931 noch 8—10 000 RM Forderungen aus Vermessungsarbeiten ausstünden. Die Bgm. Braun-Althengstett und Schmidt-Gehingen führten aus, daß die Klage im Bezirk über das späte Zustellen der Vermessungsurkunden und Rechnungen allgemein sei. Es gebe Fälle, in denen erst nach 6 bis 8 Jahren die Urkunden gefertigt worden seien. Vermessungsrat Charrier wies Angriffe allgemeiner Art auf die Arbeit der Vermessungsämter entschieden zurück. Im allgemeinen würden die Urkunden spätestens in ein bis zwei Jahren zugeföhrt; bei größeren Vermessungen, Feldbereinigungen usw. zögen sich die Arbeiten über Jahre hin. Das lasse sich nicht vermeiden, um so mehr, als dringende Arbeiten zwischen hinein vorgenommen und erledigt werden müßten. Auch habe immer das Bestreben bestanden, die Rechnungen durch vermehrtes Ausstellen von Urkunden nicht unnötig zu erhöhen. Die im Vermessungswesen gebotene Arbeitsweise müsse bei der Beurteilung der angeführten Frage Berücksichtigung finden. Nachdem noch ein Vertreter der Gemeinde Breitenberg, Bgm. Konemann-Zavelstein und Bgm. Pape-Ostelsheim sich geäußert hatten, sprach Bgm. Göhner-Calw seine Befriedigung über die Handhabung der Geschäfte in den Vermessungsämtern aus, unzufrieden könne man nur mit den Vermessungskosten sein, deren Höhe sehr oft außer Verhältnis zum Wert der vermessenen Grundstücke stehe. Bedauerlich und auch im Gutachten des Reichspar-Kommissars festgestellt sei es, daß der Württembergische Staat, der doch das größte Interesse an der Landesvermessung hat, überhaupt nichts dafür bezahlt. Bgm. Göhner regte an, der Amtskörperschaftsverband möge bei der Staatsregierung um angemessene Beteiligung des Staates an den Kosten der Landesvermessung vorstellig werden.

Bei der Weiterberatung des Hauptvoranschlags wurde auf Antrag von Bgm. Maulbettsch-Hirsau der Plananschlag für Gebäudeunterhaltung von 3000 auf 2000 RM gekürzt. Abgelehnt wurde der Antrag des Bezirksrats, den Amtskörperschaftsbeitrag an die Gemeinden zu dem Aufwand für ortsarmer Geistesranke u. dgl. von 25 v. H. auf 15 v. H. zu ermäßigen. Es wäre hierdurch eine Ersparnis von 2800 RM im Etat eingetreten. An der Aussprache über diesen Gegenstand beteiligten sich die Bgm. Dirr, Schmidt, Göhner und Verwaltungssamtmann Hilligardt. Auf Anfrage von Bürgermeister Maulbettsch wurde mitgeteilt, daß der Aufwand des Bezirks für ortsarmer Geistesranke jährlich rd. 7000 RM beträgt. Der Beitrag der Amtskörperschaft an die Stadtgemeinde Calw zu den Kosten der höheren Schulen wurde einem Bezirksratsantrag entsprechend von 6000 auf 5000 RM herabgesetzt. Während die Bgm. Braun-Viebelberg und Graze-Möttlingen für weitere Abstriche eintraten und den Wert der Anstalt für die Landbevölkerung gering einschätzten, anerkannten nach Ausführungen von Bgm. Göhner und Stadtrat Stüber-Calw die Bgm. Dirr, Braun-Althengstett und Rauser-Unterreichenbach, daß die Calwer Schulen mit Freistellen besonders für die Landkinder freigebig und auch die Schulgeldsätze angemessen seien. Die Schulen würden außerordentlich zahlreich von Landkindern besucht und hätten für den Bezirk eine nicht zu unterschätzende Bedeutung. Von den im Haushaltsplan gekürzten Beiträgen für Organisationen und Vereine wurden auf Antrag von Bgm. Dirr die Beiträge für das Stammheimer Erziehungsheim und den Verein für das Deutschtum im Ausland wieder auf die alte Höhe heraufgehoben. Nach Mitteilung des Vorsitzenden wird der Bezirkswohlthätigkeitsverein in Bälde keine Mittel mehr besitzen; im letzten Jahr wurden dem Verein und 8000 RM zugeführt. Auf Antrag von Bgm. Göhner ermächtigte die Amtsversammlung den Bezirksrat zur Gewährung eines angemessenen Beitrags an den Verein, dessen Weiterbestehen ermöglicht werden muß. Wieder erhöht wurden dann auf Antrag von Bgm. Braun-Viebelberg die

den Lebens-
Arbeits-
Ergebnis
gemeinen

ußen

Stipendien
einen Di-
General-
General-
a.: Aufgabe
machen, daß
Binnland
pflichten und
statisch daran
Masse der
tinnen.

uthen

am Freitag
beim Bi-
Bei der
ben, die aus-
en, 28 Dyna-
S-Muni-
gewerkschaft
führer, so-
Ferien-
engpatronen
t und seine

gen

es in Bar-
de Beamte
heimend auch
widerte das
wurden etwa
(Wuppertal)
dieses Feuer-
bedermeister
kalkülen war-
nische ihre
leste. — Im
1 Milliarde
21 Millionen
chen Finanz-
e unabhän-
einigermaßen
man bereits
der Reichs-
ner Zeitung
Konferenz, so-
ten Staaten
enz solle pa-
— Im Bee-
einer län-
den Vertre-
erwendungs-
beantragte
fähigkeit der
ilt, die keine
ben.

hen

preiswert
Tagblatt!

Er antwo-

Mils Feldental
Allgemeinen zu

besondere Be-
in allerliebste
Hände, die die

war ganz bei
ah sie verstoh-
Blick immer ein
ugen.

Woolat Remer
Die Generalin,
überstömend
erbemüht hatte.
sein Glas und
mer ein lieber
er nichts Spe-
er wolle ihm
undlichkeit, die
dem Aufenthalt

gte der Wirt,
n letzten Male
ange Siefta zur
also sein Gast
folgen wolle,
sei die einzige,

zu versichern,
— was nicht
stimmte.

ar andauernd
kein Mittags-
wollte seinen

ch an den Bei-
eine Rettungs-

sehung folgt.

gefürzten Beiträge zum Zwecke der Förderung der Landwirtschaft im Bezirk. Bei der Beratung über den Etatposten: Vermessungswesen beantragte Bgm. Braun-Dedenpfromm die Streichung einer Landmesserstelle. Stadtrat Weigel regte die Zusammenlegung der Vermessungsämter und der Oberamtsbaumeisterstellen an und trat für Abschaffung der Felduntergänger ein. Letzterem widersprachen die Bgm. Dirr und Lehrer-Dachtel. Die Amtsversammlung beschloß zum Antrag Braun, den Bezirksrat zu beauftragen, die Möglichkeit einer Stelleinsparung in den Vermessungsämtern zu untersuchen.

Eine Senkung der Umlage der Unterhaltungskosten für Bezirksstraßen auf die Gemeinden kann nur erreicht werden, wenn man die Ausgaben für die Straßenunterhaltung herabdrückt. Der Bezirksrat hat in diesem Sinne von der in der 4. Notverordnung des württ. Staatsministeriums vom 31. Dez. 1931 enthaltenen Ermächtigung Gebrauch gemacht, die in der Hauptsache eine Kürzung der Kinderzulagen der Straßenwärter ermöglicht. (Ersparnis 2000 RM.) Die Amtsversammlung billigte diese Neuordnung der Dienstbezüge der Straßenwärter und genehmigte ferner eine anlässlich der Zurruhesetzung von vier Straßenwärttern vom Bezirksrat beantragte Minderung der Befolgszulage der Amtskörperschaft (Streichung der Beamtenstellen). Auf Antrag von Bgm. Schmidt-Gehingen wurden die Kinderzulagen der Straßenwärter durchweg auf 8 RM (früher bis zu 12 RM) festgesetzt. Die hierdurch erzielte Einsparung im Etat beträgt 1500 RM.

Im Verlauf des letzten Jahres haben mehrere Gemeinden des Bezirks aus Ersparnisrückichten um Rückgabe von Nachbarschaftsstraßen in eigenen Unterhalt nachgesucht. Der Bezirksrat hat sich bereit erklärt, alle diejenigen Straßen bzw. Straßenstrecken, die als nicht verkehrswichtig bezeichnet werden können, auf Antrag in die Unterhaltung der Gemeinden zurückzugeben. Die Amtsversammlung billigte nach längerer Aussprache die Haltung des Bezirksrats sowie die Rückgabe mehrerer Nachbarschaftsstraßen in den Unterhalt der Gemeinden. In der Aussprache vertrat Bgm. Braun-Althengstett die Ansicht, daß das System der Straßenunterhaltung auf die Dauer für die Gemeinden nicht mehr tragbar sei und geändert werden müsse. Man solle die Straßen an die Gemeinden zurückgeben, die diese mit dem häufigen Aufwand zu unterhalten vermöchten. Die Gemeinden unterhielten ja bereits jetzt schon die Straßen selbst, nur die Straßenwärter würden von der Amtskörperschaft bezahlt. Auch die Bgm. Schmidt-Gehingen, Braun-Dedenpfromm und Charrier-Neuhengstett forderten eine Neuordnung des Straßenunterhaltungsstatuts in diesem Sinne unter völliger oder teilweiser Uebernahme der Straßenwärtterkosten auf die Gemeinden. Bgm. Müller-Neubulach hielt es für richtig, die Durchgangsstraßen in vollen Unterhalt der Amtskörperschaft zu stellen und die anliegenden Gemeinden zu Beiträgen heranzuziehen; Ortszugangswegen sollten die Gemeinden selbst übernehmen. Bürgermeister Göhner sowie die Stadträte Schlatterer und Haile hielten die Zeit für eine Neuordnung nicht gegeben. Ebenso wie der Vorsitzende und die Oberamtsbaumeister Riederer und Glahle waren sie der Ansicht, daß die Hauptstraßenzüge im Bezirk in gutem Zustand erhalten bleiben müßten, was bei einer Uebergabe in den Unterhalt der Gemeinden zweifelhaft sei. Bürgermeister Göhner sprach

den Wunsch aus, der Staat möge in Straßenunterhaltungsfragen mehr Entgegenkommen zeigen; Bgm. Lehrer-Dachtel hielt eine Neuordnung der Bezüge der Straßenwärter für angezeigt. Schließlich einigte man sich, den Bezirksrat mit der Erwirkung einer Neuordnung des Straßenunterhaltungsstatuts zu beauftragen. Damit wurde die Beratung des Hauptvoranschlags abgeschlossen. Auf den Vortrag der Voranschläge der Bezirksfürsorgebehörde und des Jugendamts wurde in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit verzichtet, jedoch konnte die Amtsversammlung nicht umhin, in eine ausgedehnte Aussprache über die Verwaltungsgeschäfte des Jugendamts und der ihm angeschlossenen Verwaltungszweige einzutreten. Stadtrat Haile sowie die Bgm. Neubulach, Dirr und Karck, der Vorsitzende und Jugendrat Stiesel beteiligten sich hieran. Jugendrat Stiesel gab in längeren Ausführungen eingehenden Aufschluß über die Arbeitsgebiete und die Arbeitsweise seines Amtes und verwahrte sich gegen die lautgewordene Ansicht, die Verwaltung des Jugendamts sei zu groß aufgebläht. Die Leistungen des Amtes und der Geschäftsführung wurden durchaus anerkannt, doch glaubten einige Herren, ähnlich wie dies heute in vielen Gemeindeverwaltungen geschieht, Einsparungen bei der Besetzung des Geschäftsführers sowie bei den Stellen der weiblichen Hilfskräfte vornehmen zu können. Jugendrat Stiesel lehnte einen Stellenabbau als nicht angängig ab, das Personal sei ebenso wie er selbst voll beschäftigt. Wenn man sparen wolle, sei die Zusammenfassung aller Fürsorgeaufgaben in einem Bezirkswohlfahrtsamt der zweckmäßigste Weg. Ein Antrag von Bgm. Dirr, die Besetzung des Geschäftsführers um zwei Gehaltsstufen zu senken und diesem für Hilfskräfte den Betrag von 1200 RM jährlich zur freien Verfügung zu stellen, wurde nach ablehnenden Ausführungen des Vorsitzenden sowie der Bgm. Göhner, Braun-Althengstett und Stadtrat Proß-Calw gegen 6 Stimmen abgelehnt. Jedoch beauftragte die Amtsversammlung den Bezirksrat, evtl. durch eine Prüfungskommission etwaige Einsparungsmöglichkeiten innerhalb der Verwaltung des Jugendamts festzustellen.

Zu den durch Unwetter entstandenen Kosten hat der Bezirksrat im letzten Jahre folgenden Gemeinden Beiträge verwilligt: Calw 2500 RM, Althengstett 500 RM, Alzenberg 700 RM, Hirsau 1700 RM, Bad Liebenzell 2000 RM und Stammheim 1000 RM. Die Amtsversammlung billigte durch Beschluß die Verwilligung dieser Beiträge sowie die Entnahme der Mittel hierfür aus dem Zweckvermögen für Straßenunterhaltung. Ferner entsprach sie einem Antrag von Bürgermeister Dirr, den in diesem Jahr durch Unwetter geschädigten Gemeinden — in Frage kommen Dachtel, Dedenpfromm, Gehingen, Stammheim und Althengstett — gleichfalls Mittel aus diesem Fonds zukommen zu lassen. Die Verteilung der Mittel soll nach Schadensschätzung durch den Bezirksrat erfolgen.

Zur Unterhaltung von Nachbarschaftsstraßen verwilligte die Amtsversammlung den Gemeinden Bad Liebenzell, Calw, Dedenpfromm, Nötlingen, Unterreichenbach, Pfelsheim, Althengstett, Simmozheim, Stammheim und Altburg auf Antrag des Bezirksrats Kostenbeiträge im Gesamtbetrag von 14 148 RM; hiervon erhielt Bad Liebenzell mit 11 068 RM die Hauptsumme. — Sodann wurden die Hundersätze der Amtskörperschaftsumlage für das Rechnungsjahr 1931 festgesetzt. Die Feststellung erfolgte durch den

Bezirksrat in der Weise, daß jede Gemeinde des Bezirks an Amtskörperschaftsumlage auf 100 RM ihrer Kataster 3,2 RM, auf 100 Reichsteile 10,75 RM, auf 100 Einwohner ihrer Wohnbevölkerung 161,30 RM zu bezahlen hat. Die Amtsversammlung gab hierzu ihre Genehmigung. — Die abgeschlossenen Rechnungen der Amtskörperschaftsbehörden für das Rechnungsjahr 1929 fanden Genehmigung; den Rechnern wurde Entlastung erteilt. — Abschließend nahm die Amtsversammlung die Wahl des Bezirksrats vor. Die bisherigen Mitglieder wurden mit Ausnahme des krankheitshalber ausscheidenden Gemeinderats Koller-Stammheim — für ihn tritt Gemeinderat Ruffer-Stammheim in den Bezirksrat ein — sämtlich wiedergewählt. Die Amtsversammlung wurde hierauf nach Annahme einer von Bgm. Dirr-Stammheim eingebrachten, mit einigen redaktionellen Änderungen versehenen Entschließung vom Vorsitzenden geschlossen. Der Wortlaut der Entschließung ist folgender:

Die Amtskörperschaft Calw und viele Gemeinden des Bezirks sind am Ende ihrer Kraft. Sie können ihre gesetzlichen Verpflichtungen nicht mehr erfüllen, insbesondere sind sie nicht mehr imstande, die Fürsorgeaufgaben im leitenden Umfang weiter zu tragen. Amtskörperschaft und Gemeinden lehnen die Verantwortung für die weitere Entwicklung der Verhältnisse im Bezirk Calw ab, wenn der Staat nicht durch Entlastung der Gemeinden rasch Hilfe bringt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt vom 28. Mai. Obst: Edeläpfel 25-35; Tafeläpfel 14-25; Gemüse: Kartoffeln 4-5, Kopfsalat 1 Stück 6-12, Wirsing (Rohkraut) 15-18, Blumenkohl 20-50, Karotten, runde 1 Bund 10 bis 15; ägypt. Zwiebel 10-11; dto. mit Mohr 15; Gurken, große 1 Stück 25-40, Rettiche 6-12; Monatsrettiche 6-7, Spargeln 40-70; Schwemmer Spargeln Pfund 25-55.

Wiederkäuer
Rosenfeld: Kühe 100-200, Kalbinnen 250-416, Jungvieh 60-220, Schlachttarren 40-120 M.

Fruchtpreise
Balingen: Hafer 9,20 M. Giengen a. Br.: Weizen 13,35 bis 13,60, Gerste 9,25, Hafer 8,30 M. — Tübingen: Hafer 8-9,50, Weizen 15,50, Gerste 9,40-10 M.

Büchertisch

Luise Hainlen, Schwäbisches Kochbuch, 13. vollständig neu bearbeitete und stark vermehrte Auflage. Mit Anhang über Rohkost.

Die schwäbische Küche genießt zu Recht den Ruf, vorzüglich zu sein. Und als ebenso vorzüglich gilt seit einer ganzen Reihe von Jahren vorliegende Kochbuch, dessen dreizehnte, sehr hübsch herausgebrachte Auflage eigentlich gar keiner weiteren Empfehlung mehr bedürfte, hat es sich doch in unsern süddeutschen Gauen bereits sehr gut eingebürgert und bewährt. — Beim Durchlesen all dieser Klar und schlicht gebotenen Kochrezepte fühlt man die durchaus neuzeitliche Durcharbeitung, trotzdem ihnen gerade das typisch Schwäbische, das süddeutsche Frauen so ganz besonders anheimelt, sehr glücklich belassen wurde. Und — was moderner eingestellten Hausfrauen sehr erwünscht sein wird, — diese Neuauflage widmet auch der Rohkost noch einige Seiten voll geübener Rezepte.

Amtl. Bekanntmachungen Bürgermeisteramt Sulz D.H. Nagold

Warnung!

Ein bis jetzt noch unbekannter Fremder hat sich für einen Sulzer Anwetter-Geschädigten ausgegeben und Privatpersonen unter Vorbringung von Unwahrheiten um Gaben angegangen. Ich bitte Personen, welche ohne Ausweis von uns um Gaben bitten, unbedingt abzulehnen und gegebenenfalls die Polizei oder die Landjäger zu verständigen.
Den 27. Mai 1932.

Bürgermeister: Henig.

Stadtgemeinde Nagold

Nächsten Donnerstag, den 2. Juni 1932, findet hier



Bieh-, Schweine- und Frucht-Markt

Markt, wozu eingeladen wird.

Der Fruchtmarkt am 4. Juni 1932 fällt aus.
Nagold, den 28. Mai 1932.

Bürgermeisteramt.

Atelier für Fußpflege

Entfernung von Hühneraugen, Hornhaut und eingewachsenen Nägeln. Behandlung in u. außer dem Hause.
Marta Benjamin, Westf. 12, Tel. 1609, Pforzheim

Hirsau
Schöne
3-Zimmer-
Wohnung

In Neubau wird an ruhige Familie vermietet
Wildbaderstraße 201

2 1/2 jährigen
Zucht-
farren
staatl. prämiert, sehr dem Verkauf aus

Georg Weber
Unterhollbach
Telefon Schömberg 370

Preis-Abschlag!
Lassen Sie bei
Phönix



älteste u. größte Spezial-
wäscherei in Stuttgart

Kragen
und Oberhemden
waschen u. bügeln,
sie werden wie neu.
Annahmestelle:
Geschw. Stanger
Altburgerstraße 11

Bezirks-Fischerei-Berein Calw Hauptversammlung

am Sonntag, den 5. Juni 1932, 3 Uhr nachmittags
im Gasthof zum „Hirsch“, Bad Leinach.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht, 2. Kassenbericht, 3. Verschiedenes.
4. Vortrag von Dr. Smolian, Stuttgart, Landes-Fischerei-Berein Württemberg, über:
„Elektrisches Befischen der Gewässer“.

Anschließend findet ein **Fisch-Essen (Forellen)** statt, wozu sämtliche Mitglieder mit Frauen herzlich eingeladen werden.
Der Ausschuss.

Brennessel- und Birkenhaarwasser
für Haare und Haarboden
Flasche Mk. 1.35 bei
K. Otto Vinçon, Calw

Im Weiznähen und Flicker
empfiehlt sich in und außer dem Hause
H. Herrmann, Calw
Eiselfstraße 2

**Der Notwendigkeit
der Anzeigen-Reklame
ist dem Geschäftsmann klar**

Altbulach, den 30. Mai 1932

Todes-Anzeige



Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, meinen lieben Mann, unseren guten Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Jakob Heinz

Zimmermeister

durch Unglücksfall im 62. Lebensjahr zu sich zu nehmen.

In tiefer Trauer:

die Gattin: Anna Heinz,
die Schwiegertochter: Barbara Heinz,
David Bauer, Metzgermeister,
mit Frau Marie, geb. Heinz, Calw
Beerdigung Dienstag 1/2 2 Uhr.

Bad Leinach, den 29. Mai 1932.

Dankagung

Für die überaus herzliche Anteilnahme sowie für die reichlichen Blumen- u. Kranzspenden bei dem herben Verlust unseres lieben Kindes

Walter

sprechen wir unseren innigsten Dank aus. Besonders danken wir dem Herrn Geistlichen für die tröstenden Worte und der Sängerschaft für den erhabenden Trauergefang.
Fritz Ort und Frau.

Bestellen Sie heute noch für den Monat Juni das „Calwer Tagblatt“